

Warum so negativ?

SPD: „Wo Führung fehlt“, FR-Meinung vom 22. November

Der Artikel von Richard Meng wird der Situation der SPD nicht gerecht. Es war nicht nur „gut gemeint“, sondern richtig, dieses Verfahren zu wählen. Nach dem Führungsdesaster der letzten Jahre braucht die neue Parteispitze eine breitere Legitimation, die durch die Wahl nach einem solchen Bewerbungsmarathon gegeben ist. Zur Stichwahl treten zwei Bewerberduos an, die die Hauptströmungen in der Partei repräsentieren. Beide Paare haben gegensätzliche Positionen formuliert und damit der Basis eine echte Wahlmöglichkeit gegeben.

Die Erzählung von der „neoliberalen Pampa“, in die der SPD-Bus sich verirrt hat (Walter-Borjans/Esken), ist ein Beitrag zu einem notwendigen Diskussionsprozess, um den die Partei nicht herumkommt. Insofern findet auch keine „neue Spaltung“ statt, sondern es gibt die Chance, in der Partei vorhandene Konflikte zu klären.

Im Übrigen finde ich es unzutreffend (und respektlos), die beteiligten Frauen als „Beigabe“ und einen Teil der Kandidaten als „Drittreihe“ zu bezeichnen. Warum so einseitig negativ über ein demokratisches Experiment einer anerkannt demokratischen Partei? Jens Jacobsen, Flensburg

Unmögliches Ansinnen

Bahn: „Die Beschäftigten haben die Nase voll“, FR-Wirtschaft vom 25.11.

In allen anderen europäischen Ländern kann man einen Fernzug nur mit einem Ticket benutzen, das auch gleichzeitig einen Sitzplatz reserviert. So entsteht kein Gedränge. Aber in einem Land, das kein Tempolimit auf der Autobahn kennt, das keine Volkszählungen mehr durchführt, ist ein Ansinnen, ein Eisenbahnticket mit Sitzplatzreservierung zu verbinden, wohl unvorstellbar.

Ogleich: Mit dieser Maßnahme könnte die DB erfahren, wie viele Reisende wohnen fahren und nach dem erkennbaren Bedarf ihren Fahrplan und die Länge der einzelnen Züge anpassen. Aber wie gesagt, die Politiker wollen so was nicht wissen, denn sonst könnte auch eine begründete Kritik entstehen, und die Politik müsste handeln. Wie unangenehm! Weiter auf den Weg zur Bananenrepublik.

Konrad Mohrmann, Frankfurt

SORRY

„Der CDU-Vorsitzende Markus Söder“ soll auf dem Leipziger Parteitag der CDU ein Grußwort gehalten haben. So steht es zumindest in unserer Infobox zum Artikel „Kein Bürgerschreck mehr“ (25.11., S.4). Natürlich hat Söder dort als CSU-Vorsitzender gesprochen.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel moderiert die Buchpräsentation von Christoph Butterwegge: „Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland“. Mit Janine Wissler (Die Linke) und Prof. Tim Engartner (Universität Frankfurt).
Montag, 2. Dezember, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Bascha Mika hält einen Impulsvortrag zum Thema „Demokratie in Gefahr? Das neue Ostmitteleuropa“ im Rahmen der Reihe „Revolution! 1989 – Aufbruch ins Offene“ und diskutiert auf dem Podium mit Basil Kerski (Magazin „Dialog“), Noémi Kiss (Schriftstellerin) und Thomas Kralinski (Staatssekretär Brandenburg). Eintritt frei.

Dienstag, 3. Dezember, 18 Uhr
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, Berlin

Georg Leppert moderiert die Diskussion „Bettelarm – wie geht Frankfurt mit seinen Bettlern um?“ des Frankfurter Domkreises Kirche und Wissenschaft: Mit Frank Diergardt (Verein „Neue Zeit“), Markus Frank (Ordnungsdezernent), Schwester Maria Goetzens (Elisabeth-Straßenambulanz), Bruder Michael Wies (Franziskustreff).
Mittwoch, 4. Dezember, 19 Uhr
Haus am Dom, Giebelsaal, Domplatz 3, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert „(De-)Eskalation – Wege aus der Krise zwischen Iran und den USA“. Darüber diskutieren Caroline Fehl (HSFK), Omid Nouripour (MdB Grüne) und Ali Sadrzadeh, Journalist und Iran-Experte des Hessischen Rundfunks.

Mittwoch, 4. Dezember, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Wir Verbraucher werden in die Irre geführt

Zu: „Bauer sucht Zukunft“ und „Bauer Willi und die Wut“, FR-Meinung v. 27. November und FR-Wirtschaft v. 22. November

„Weiter so“ kann nicht die Lösung sein

Auch in den vergangenen Jahren gab es Bauerndemonstrationen mit Treckern in Berlin. Die Zielrichtung der Teilnehmer war eine andere. Sie zielten auf das Wohlergehen von Bauern, Tieren, Landschaft, Wasser, Insekten und Verbrauchern. Die Forderungen wurden und werden von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft formuliert. Diese Ziele wurden schon bei der Gründung der EWG mit einer gemeinsamen Landwirtschaft in Europa formuliert, gerieten aber in Vergessenheit. Bestimmt aber wurde die Entwicklung von der Agrarlobby in Form der Bauernverbände mit deren Präsidenten in Zusammenarbeit mit Agrarindustrie und den konservativen Parteien. Es floss immer mehr Geld in die Chemie gestützte Produktion, es gab riesige Überschüsse. Am meisten profitiert haben große, industriell produzierende Bauernhöfe, auch immer die Höfe der Bauernverbandspräsidenten. Für die kleinen Bauern blieb wenig, mit der Wahl ihrer Verbandspräsidenten haben sie ihren eigenen Untergang gefördert.

Und jetzt? Es scheint, dass einige Auswirkungen der modernen Landwirtschaft von großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr toleriert werden, Stichworte: Insektensterben, Glyphosat, Nitratbelastung in Böden und Wasser. Den demonstrierenden Bauern, die jetzt unabhängig vom Bauernverband ein „Weiter so“ mit mehr Geld und weniger Auflagen fordern, darf nicht nachgegeben werden. Ohne klare Rahmenbedingungen bezüglich Dünger, Pflanzengiften, Tierwohl und Lebensmittelqualität machen Gespräche keinen Sinn. Wir alle brauchen Bauern, Landwirtschaft, landwirtschaftliche Produkte. Wie Landwirtschaft aussehen soll, kann zusammen mit Landwirten entwickelt werden. Die Vorstellungen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche



Landwirte aus ganz Deutschland demonstrieren in Berlin. EPD

Landwirtschaft sind interessant, werden aber wenig gehört.

Niemand sollte sich Hoffnungen machen, dass es ohne hohe Kosten geht. Wenn Bauern wirklich eine Zukunft suchen, kann es nicht „Weiter so“ sein.

Reinhard Friedrichsmeyer, Berlin

Agrarindustrie tarnt sich als besorgter Kleinbauer

Dieser Tage wurde in Ihrer Zeitung über den Anstieg der Insolvenz landwirtschaftlicher Betriebe berichtet. Die Wirtschaftsauskunftei Crif-Bürgel macht dafür geringere Erlöse und höhere Kosten infolge der Dürre als Hauptgründe verantwortlich ohne auf Hintergründe einzugehen.

Ja, die Bauern sind verärgert und machen ihren Unmut durch Trecker-Demos in Innenstädten Luft. Der Grund: Von den Dumpingpreisen der Discounter können nur noch Betriebe gut leben, die Turbo-Landwirtschaft betreiben. Das heißt aber auch, dass immer mehr kleinere Landwirte aufgeben müssen. Aber diese werden dringend benötigt. Denn ihre Art zu wirtschaften schützt Insekten und die Artenvielfalt.

Besonders schlimm ist, dass die Agrarindustrie den legitimen Protest der Bauern kapert und durch gezielte PR-Arbeit diesen Ärger in die einfache Botschaft

umwandelt, schuld sei der verstärkte Umweltschutz.

Und welche Rolle spielt „Bauer Willi“, der mit seinen Sprüchen „Lieber Verbraucher, du hast ja keine Ahnung und davon ganz viel“ zum Internet-Star der Agrarlobby auch bei Talkshows wurde? Willi ist höchstens nebenbei Bauer. Mit bürgerlichem Namen Wilhelm Kremer-Schillings, hat er Karriere in der Chemie- und Düngemittelwirtschaft gemacht. In deren Sinn keilt er gegen den Glyphosat-Ausstieg, gegen Bienenschutz und ein seriöses Tierwohl-Label. Die Agrarindustrie tarnt sich als besorgter Kleinbauer und führt uns Verbraucher in die Irre.

Auch die EU, die in Kürze über die jährlich 60 Milliarden Euro Agrarsubventionen entscheidet, hat es in der Hand. Fließt das Geld weiter vor allem an Agrarfabriken oder vermehrt an kleine, naturnahe und umweltfreundliche Betriebe? Hören und schauen wir auf die Bauern, die am 18. Januar 2020 im Rahmen der ‚Internationalen Grünen Woche‘ in einem breiten Bündnis mit Hunderten Traktoren durch Berlin ziehen zur nächsten großen „Wir haben es satt“-Demo. Ihnen sollte unsere Unterstützung gelten. Fritz Amann, Karben

Diskussion: frblog.de/landwirte

Schlanker Staat auch in der Bildung?

Grundschullehrer: Erwiderung auf „Ohne Quereinsteiger würde es nicht laufen“, Leserforum vom 21. November

Der Leserbrief von Frau Opiolka, indem sie dankenswerterweise die, wie sie selbst beschreibt, miserabel bezahlten Quereinsteiger/innen gegen die verbreitete Abwertung in Schutz nimmt, lässt mich noch einmal auf die alarmierenden Nachrichten der letzten Tage über die gravierenden Ausstattungsmängel an unseren Grundschulen und die hanebüchene Situation an der Uniklinik in Gießen zurückkommen. Beide scheinen auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun zu haben, aber sie liegen ganz auf der langjährigen Linie der hessischen Landesregierung, einen schlanken Staat zu favorisieren und im Zweifelsfall sogar privat vor Staat nicht nur zu propagieren, sondern auch durchzusetzen und, wie im Fall Gießen/Marburg, auch stur an diesem Irrweg fest-

zuhalten. Wer den Artikel über den Pflegenotstand in Gießen und die unterdurchschnittliche Bezahlung der Pflegekräfte liest, kann dies nur als Offenbarungseid einer gescheiterten Privatisierung ansehen. Wenn man hingegen auf der Homepage der Klinik von den Segnungen dieses „Pilotprojekts mit ausgezeichneten Resultaten“ liest, wird einem schlecht übel. All das haben wir Roland Koch und seinen Spießgesellen zu verdanken.

Aber noch einmal zurück zur Grundschulsituation: Wenn man sich die Entwicklung in Gießen ansieht, darf man an Frau Opiolkas Einschätzung zweifeln, da habe sich jemand heftig bei den zu erwartenden Schülerzahlen verrechnet. Solche gravierenden „Rechenfehler“ können eigentlich nur auf

einer Linie mit dem Bemühen um einen schlanken Staat liegen, in diesem Fall auf dem Rücken der Grundschüler und der Lehrerkollegien. Entlarvend die läppische Bemerkung von Kultusminister Lorz im TV auf die Frage, wieso die Kultusbürokratie eine solche Entwicklung nicht vorausgesehen habe: Prognosen seien schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Sieht so der ernsthafte Umgang eines verantwortlichen Ministers mit einer Thematik aus, die Zehntausende Grundschüler betrifft, oder will er signalisieren, dass er die Situation nicht so dramatisch sieht und sie für ihn letztlich unter finanziellen Gesichtspunkten keinen Beinbruch darstellt? Schlanker Staat also auch in der Bildung?

Rainer Boos, Frankfurt